

Übersicht über den „Kirchenkampf“ in den Jahren 1933 bis 1939, die dem englischen Leser Grundinformationen zum Thema bietet (1–32). Hier wie auch in den (zu!) spärlichen Erläuterungen zu den Dokumenten sind verschiedentlich Details zu korrigieren (vgl. z.B. 17 u. 41: Rust war 1933 nicht „Reichskultusminister“, sondern preußischer Kultusminister). Ärgerlich sind die zahlreichen Fehler bei der Wiedergabe deutschsprachiger Namen und Begriffe, und zwar sowohl in den dokumentierten Texten selbst als auch in den Erläuterungen des Herausgebers und im Register (vgl. z.B. 181: „Bornkamm, Heinrich“ statt „Bornkaum, Prof.“). In den Berichten ist immer wieder von der Jungreformatorischen Bewegung die Rede, übersetzt entweder als New Reformation Movement oder als Young Reformation Movement. Der Herausgeber macht daraus zwei Registerstichworte, die einmal mit „Neue Reformatorische bewegung“ und zum anderen mit „Junge reformatorische bewegung“ übersetzt werden! Das Register ist nicht immer zuverlässig (z.B. fehlt S. 55 D. Bonhoeffer u. S. 82 F. Gogarten). Wünschenswert wäre schließlich auch eine Notiz, ob und wenn ja, wo das jeweilige Dokument bereits veröffentlicht ist. Abgesehen von diesen editorischen Mängeln kann man die Veröffentlichung der wichtigen Dokumente nur begrüßen.

Bochum

Christoph Strohm

*Vuletić, Aleksandar-Saša: Christen jüdischer Herkunft im Dritten Reich: Verfolgung und organisierte Selbsthilfe 1933–1939 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz; Bd. 169: Abteilung Universalgeschichte), Mainz (von Zabern), 1999, 308 S., geb., ISBN 3-8053-1967-3.*

„Plötzlich waren wir keine Deutschen und keine Christen mehr.“ So lautete die auf dem Wort einer Betroffenen fußende Überschrift der Dissertation von Aleksandar-Saša Vuletić aus dem Jahr 1994 an der Technischen Universität Darmstadt (Betreuer: Prof. Dr. Christof Dipper). Aktualisiert und gekürzt liegt sie nunmehr als Buch vor.

Jahrzehntelang fristete das Schicksal der Christen jüdischer Herkunft im Dritten Reich eine Schattenexistenz am Rande der Geschichtswissenschaft. Historiker des Holocaust beschäftigten sich nahezu ausschließlich mit der Ausgrenzung, Ver-

folgung und Vernichtung der mosaischen Juden. Erst recht gingen die Kirchenhistoriker an den „getauften Juden“ bzw. „christlichen Nichtariern“, wie sie im zeitgenössischen Sprachgebrauch hießen, achtlos vorüber. Lediglich einige evangelische Geistliche, die sich 1933 vom Stigma der „Rasse“, d.h. von ihren Vorfahren mosaischen Bekenntnisses eingeholt sahen, fanden in der Forschung Berücksichtigung. Es bedurfte eines längeren Prozesses der historischen und theologischen Wahrnehmung, ehe sich die Erkenntnis durchsetzte, daß die Christen jüdischer Herkunft in den Jahren der NS-Herrschaft eine eigene Verfolgengruppe bildeten. Seither erlebt die Forschung einen deutlichen Aufschwung, obschon sie noch immer am Anfang steht. Jüngstes Beispiel ist der Aufsatzband von Ursula Büttner und Martin Greschat (Die verlassenen Kinder der Kirche: der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich“. Göttingen 1998), den der Vf. bibliographisch nicht mehr berücksichtigen konnte.

Das Buch bietet eine ereignis-, sozial- und organisationsgeschichtlich angelegte Untersuchung zum „Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung e. V.“, der 1936 eine Umbenennung in „Paulus-Bund. Vereinigung nichtarischer Christen“ erfuhr. Behandelt wird außerdem die Nachfolgeorganisation, die „Vereinigung 1937“. Eingebettet ist die Untersuchung in die ersten Etappen der NS-Judenpolitik, die ihren legislatorischen Kern im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (GWBB) vom 7. April 1933 und in den „Nürnberger Rassegesetzen“ vom 15. September 1935 besaß. Die Regelungen des GWBB und der „Nürnberger Rassegesetze“ trafen auch jene Bürger, die einer christlichen Religionsgemeinschaft angehörten, sofern sie von jüdischen Eltern oder Großeltern abstammten. Über die Zahl der Betroffenen ist von den Zeitgenossen und in der späteren Forschung viel spekuliert worden. Der Vf. legt sich auf den Schätzwert von 350 000 Personen innerhalb einer Skala von 160 000 – 220 000 Personen (Minimum) und 500 000 Personen (Maximum) fest. Die Schwierigkeiten der Statistik resultieren daraus, daß sich ein Teil der Betroffenen im Hintergrund halten konnte (43).

Man macht sich heute nur schwer einen Begriff von den Hoffnungen und Illusionen, mit denen die Betroffenen ihrem Schicksal als „Sondergruppe“ der nationalsozialistischen Rassenpolitik zu Beginn des Dritten Reiches begegneten. Sie

gehörten unterschiedlichen Religionsgemeinschaften – vorwiegend jedoch der evangelischen Kirche – an und standen dem Nationalsozialismus politisch häufig mit Sympathie gegenüber. Die Grade der jüdischen Herkunft waren höchst differenziert, gewisse rechtliche Sondertatbestände zusätzlich durch die Ehe mit „Deutschblütigen“ gegeben. Der Vf. kann klarmachen, daß die NS-Rassenpolitiker gerade auch in diesem Bereich mit Improvisationen arbeiteten. Sie waren weder in quantitativer noch in inhaltlicher Hinsicht auf die von ihnen künstlich geschaffene „Sondergruppe“ vorbereitet.

Ein früher Initiator des „Reichsverbands christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung“ war der Schauspieler Gustav Friedrich, nach zeitgenössischen Zeugnissen ein mutiger und phantasiebegabter Mann (62, Anm. 20). Die umständliche Namensgebung des „Reichsverbands“ war einerseits ein Reflex des unnatürlichen Tatbestands, der durch die NS-Rassenpolitik geschaffen war, andererseits Ausdruck eines Programms der Selbstfindung und Selbsthilfe. Friedrich und seine Mitstreiter hofften, die „nichtarischen Christen“ in der deutschen Volksgemeinschaft zu halten, d.h. sie der antijüdischen Gesetzgebung zu entziehen. „Offensichtlich lagen die Erkenntnis, daß die Rassenpolitik aus nationalsozialistischer Sicht irreversibel sei, und die Vorstellung, daß diese über alle nationalen Bekenntnisse und konfessionellen Identitäten hinwegschreiten werde, außerhalb des Gesichtskreises der Betroffenen“ (67f.). Erst allmählich dämmerte ihnen die grausame Wahrheit, wie aus einem Privatdruck von Richard Wolff („Wir nichtarischen Christen“) von 1934 hervorgeht: „Keine Wunschträume – wie noch zu Anfang – belasten unsern Weg. Wir kennen unser hartes Los ... Stolz bekennen wir uns zu unserem Blute – welcher Art es auch sei!“ (85).

Gestützt auf eine Reihe von Archivalien sowie unveröffentlichte Schriften und Publikationen des „Reichsverbands“, des „Paulus-Bundes“ und der „Vereinigung 1937“ sowie ihrer Mitglieder gelingt es dem Vf., die Organisationsstrukturen, die sich wandelnden Motivlagen, die Mitgliederzahlen und Aktivitäten transparent zu machen. Erste Ortsgruppen des in Berlin ansässigen „Reichsverbandes“ entstanden in den Großstädten Breslau, Hamburg, Hannover sowie in Hirschberg (Niederschlesien) (82). Soziologisch betrachtet überwogen unter den Mitgliedern die

Akademiker und das mittlere Bürgertum. Im August 1934 gehörten dem „Reichsverband“ etwa 3 700 Mitglieder an. Rechnet man die „fördernden Mitglieder“ und die Familienmitglieder hinzu, die nicht Verbandsangehörige im nominellen Sinne waren, vertrat er damals „vielleicht sogar 10 000 Menschen“ (96). Der Mitgliederstand von Oktober 1936, gegliedert nach Bezirksgruppen, ist in einer Tabelle erfaßt (164f.).

In eine interne Zerreißprobe geriet der „Reichsverband“ nach Erlass der „Nürnberger Rassegesetze“, und zwar deshalb, weil nunmehr eine Aufspaltung der „Nichtarier“ in „Juden“ und „Mischlinge“ erfolgte. Den „Mischlingen“ war ein „vorläufiges Reichsbürgerrecht“ zugewilligt. Dadurch war die Solidarität im „Reichsverband“ auf eine harte Probe gestellt. Wer „Mischling“ und „vorläufiger Reichsbürger“ war, rechnete sich größere Chancen aus, dem Druck der NS-Judenpolitik zu entkommen, als die sog. christlichen „Volljuden“, die sukzessive auf die Seite der noch bedrängteren mosaischen Juden hinübergeschoben wurden. Der Vf. würdigt in diesem Zusammenhang detailliert die Verbandspolitik von Dr. Heinrich Spiro, Vorsitzender vom Herbst 1935 bis zum Frühjahr 1937, und die vielfältigen Aktivitäten des Verbands in jener Phase (Kulturpolitik, Schulfrage, Auswanderung und Umschulung, Rechtsberatung, Wirtschaftsfragen, humanitäre Betreuung, Verhältnis zum „Winterhilfswerk“). Da Dr. Heinrich Spiro, Ehrendoktor der Universität Göttingen von 1931, bereits aus anderen Veröffentlichungen gut bekannt ist, braucht über seine Person an dieser Stelle nichts weiter gesagt zu werden.

Warum der „Reichsverband“ 1936 die Umbenennung in „Paulus-Bund“ erfuhr, ließ sich trotz der Recherchen des Vf.s nicht gänzlich aufklären. Unbeschadet dessen: die Umbenennung kam dem Wunsch vieler Mitglieder entgegen. Der Name neutralisierte terminologisch ein wenig den Zusammenschluß der rasseverfolgten Christen (166–173). Um so eindeutiger war dann die Zielrichtung der „Vereinigung 1937“, deren Name endgültig durch den Staatskommissar und Reichskulturwalter Hinkel festgelegt wurde. Die „Vereinigung 1937“ war nur noch die Organisation der „Mischlinge“. Vorausgegangen war die Trennung des „Paulus-Bundes“ von seinen (voll-)jüdischen Mitgliedern, die ihm nahezu die Hälfte seines Bestands gekostet hatte.

Die makabre Pointe der verwickelten Organisations- und Wirkungsgeschichte

des „Reichsverbands“, des „Paulus-Bundes“ und der „Vereinigung 1937“ liegt in der Dialektik ihrer Zwecke. Einerseits waren hier Organisationen der Betroffenen zur Selbsthilfe entstanden. Andererseits instrumentalisierten verschiedene Staats- und Parteiinstanzen diese Organisationen für ihre Politik, beispielsweise zwecks Erfassung und Überwachung der Betroffenen. Eine einheitliche Meinungsbildung über den „Reichsverband“ gab es bei den politischen Instanzen nicht. Die Uneinheitlichkeit erstreckte sich dann auch auf den „Paulus-Bund“ und die „Vereinigung 1937“. Während die Gestapo die „Vereinigung 1937“ als jüdische Organisation bewertete, deren assimilatorischem Treiben ein Ende gesetzt werden müsse, verzichtete der SD darauf, sie zwecks Erfassung der „Mischlinge“ zu nutzen (276 u.ö.). Ende 1937 war auch die „Vereinigung 1937“ stillgelegt.

Der Vf. hat in langjähriger Arbeit eine materialgesättigte Studie vorgelegt, die viele Klärungen im Detail bietet und insofern einen klaren Fortschritt der Forschung markiert. Die Notwendigkeit kohärenter Darstellung brachte es mit sich, daß der Vf. nochmals einige inzwischen gut bekannte Ereignis- und Problemzusammenhänge entfalten mußte, etwa in dem Exkurs über die Büros Spiero, Livingstone und Pfarrer Grüber, in der Skizze über die jüdische Selbsthilfe sowie der kirchlichen Reaktionen auf die antisemitische Politik des NS-Regimes. Ob man, wie der Vf. vorschlägt, im „Reichsverband“ den Mischtypus einer Organisation sehen soll, in dem Elemente der „Reichsvertretung der deutschen Juden“, des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“, des „Reichsverbands der jüdischen Kulturbünde in Deutschland“ und des „Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau“ ineinanderfließen (273), ist eine respektable Frage. Um definitiv urteilen zu können, wären weitere Analysen erforderlich. Es fällt nicht schwer, das auch technisch gut ausgestattete Buch der Beachtung der Spezialisten zu empfehlen.

Leipzig

Kurt Nowak

*Schuppan, Erich (Hrg.): Wider jede Verfälschung des Evangeliums. Gemeinden in Berlin-Brandenburg 1933–1945. Zur Geschichte des Kirchenkampfes, Berlin (Wichern-Verlag) 1998, 399 S., geb., ISBN 3-88981-104-3.*

Im Jahre 1987 beschlossen Kirchenleitung und Konsistorium der Berlin-Brandenburgischen Kirche (Ost-Region), für diese altpreußische Kirchenprovinz „die Auswirkungen der theologischen Grundentscheidungen, insbesondere die von Barmen und Dahlem 1934, im Leben von Gemeinden und Kirchenkreisen“ mittels einer auf drei Bände angelegten Arbeit darstellen zu lassen (E. Schuppan, Einleitung, 14). Der vorliegende Band publiziert von insgesamt 30 für das Gesamtprojekt angefertigten Arbeiten neun „ausschließlich aus Brandenburg“ (15), „Berliner Beiträge sind für den Folgeband vorgesehen“, soweit solche nicht, meist allerdings aus der früheren West-Region, bereits als Einzelarbeiten erschienen sind. J. Stenzel hat deren recht große Zahl, die freilich meist mit lediglich lokalen Mitteln, d.h. nicht immer nach dem methodischen Standard der Zeitgeschichtsforschung angelegt wurden, hier u.d.T. „Gemeinde – Stadt auf dem Berge?“ gesammelt, jeweils kurz geschildert und mit einem „Schriftenverzeichnis“ bereichert (302–360) – für weitergehende Kirchenkampf-Forschungen in Berlin-Brandenburg eine erhebliche Entlastung.

Wie bei zeitgeschichtlicher Forschung oft, ist man als Leser zunächst versucht, sich das Buch mit Hilfe des „Namenregisters“ (zweispaltig 385–399) aufzuschließen. Das führt bei vielen der bekannten Namen aus Kirchenkampf- und Nachkriegs-Kirchengeschichte zu mancher, nicht nur biographisch wichtigen Entdeckung, besonders wenn man die Namen bevorzugt, deren Wirkungsbereich während beider Zeiträume Berlin und Brandenburg war, z.B. Kurt Scharf (64–66; 162–168), Günter Jacob (268–274; 277–286), Paul Braune (bes. 180–185). Aber auch zu Namen wie Gerhard Ebeling, Robert Stupperich, Martin Albertz und Herbert Goltzen, auf der DC-Seite zum 1935 in Westfalen abgesetzten ‚Bischof‘ Adler am Brandenburger Dom kann man meist nicht geläufige Einzelheiten erfahren. Am wichtigsten für die Forschung dürften aber Mitteilungen wie die über Leben und Sterben des Falkenrehder, nach KZ-Haft zuletzt pommerischen Pfarrers Ernst Gallin (47f.) sein. Indes erweist es sich beim Vorgehen nach Namen schon bald als notwendig, die „Da-